

N i e d e r s c h r i f t

der 39. Sitzung des Hauptausschusses am 21.05.2003

öffentlich

Ort: Stadthaus, Wappensaal
Zeit: 16:10 Uhr bis 16:50 Uhr
Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend sind:

Frau Ingrid Häußler	
Herr Bernhard Bönisch	CDU
Herr Frank Sängler	CDU
Frau Dr. Ulrike Wünscher	CDU
Frau Ute Haupt	PDS
Frau Marion Krischok	PDS
Herr Dr. Bodo Meerheim	PDS
Herr Klaus Müller	PDS
Frau Hanna Haupt	SPD
Herr Knut Lehmann	SPD
Herr Prof. Dr. Dieter Schuh	UBF
Herr Dieter Funke	
Herr Eberhard Doege	
Frau Dagmar Szabados	
Herr Ralf Borries	
Herr Michael Mutter	
Frau Jane Unger	
Herr Dr. Dirk Furchert	
Frau Annemarie Kraft	

Entschuldigt fehlen:

Herr Thomas Godenrath	CDU	Vertreten durch Herrn Werner Misch
Herr Gottfried Koehn	SPD	Vertreten durch Herrn Armin Voß
Frau Prof. Dorothea Vent	HAL	Vertreten durch Frau Dr. Gesine Haerting
Herr Mathias Weiland	HAL	Vertreten durch Frau Sabine Wolff
Herr Friedemann Scholze	FDP	

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Protokoll:

Die 39. öffentliche Sitzung des Hauptausschusses wurde eröffnet und geleitet von der Vorsitzenden des Hauptausschusses, Frau Oberbürgermeisterin Ingrid **H ä u ß l e r**. Sie stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 **Feststellung der Tagesordnung**

Protokoll:

Die Vorsitzende des Hauptausschusses stellte fest, dass die Punkte **4.1 bis 4.5 von der Tagesordnung** zu nehmen seien, da es bei den Vorlagen in den Fachausschüssen zu keinen unterschiedlichen Voten gekommen sei.

Weitere Anmerkungen zur Tagesordnung gab es nicht.

Die Mitglieder des Hauptausschusses bestätigten ohne förmliche Abstimmung folgende Tagesordnung:

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
 - 2 Feststellung der Tagesordnung
 - 3 Genehmigung der Niederschrift
 - 4 Anfragen von Stadträten
 - 5 Mitteilungen
- Stand der Konsolidierungsmaßnahmen

zu 3 **Genehmigung der Niederschrift**

Protokoll:

Es gab keine Anmerkungen zur Niederschrift der 38. öffentlichen Sitzung des Hauptausschusses am 23.04.2003.

Abstimmungsergebnis:

Die Mitglieder des Hauptausschusses genehmigten ohne förmliche Abstimmung die Niederschrift der 38. öffentlichen Sitzung des Hauptausschusses am 23.04.2003 in der vorliegenden Form.

zu 4 **Anfragen von Stadträten**

Protokoll:

Herr **Lehmann**, SPD-Fraktion, äußerte sich zum gestrigen Finanzausschuss, zur Vorlage-Nr.: III/2003/03189 – Beitritt der Stadt Halle in den Verein „Arbeitsgemeinschaft d-motion Konferenz & Festival für interaktive Medien“ e. V.“ Diese sei als Dringlichkeitsvorlage nicht auf die Sitzung genommen worden. Es sei kein aussagefähiger Vertreter der Verwaltung zur Sitzung anwesend gewesen. Er regte an, die Vorlage als Dringlichkeitsvorlage auf die Mai-Stadtratssitzung zu nehmen.

Frau **Dr. Wünscher**, CDU-Fraktion, erklärte, dass sie nicht verstehe, warum kein Vertreter von Herrn Dr. Franke anwesend gewesen sei, der für die Dringlichkeit geworben habe und dies mit so wenig Engagement von der Verwaltung betrieben werde.

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler**, antwortete, dass sie das jetzt nur so hinnehmen könne, sie werde sich darum Bemühen dies zukünftig abzustellen.

Herr **Misch**, CDU-Fraktion, sprach sich für den Vorschlag von Herrn Lehmann aus, die Vorlage auf die Tagung der Stadtratssitzung zu nehmen.

Herr **Dr. Meerheim**, PDS-Fraktion, äußerte, dass er der Vorlage keine Dringlichkeit entnehmen könne. Die Verwaltung habe laut der Vorlage geplant, diese im Juni in den Stadtrat einzubringen.

Er verstehe nicht, warum die Vorlage nicht schon eher im Finanzausschuss war.

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** erläuterte die Terminfolge der Vorlage und schlug vor, wenn im Hauptausschuss Einigkeit darüber bestehe, diese Vorlage nächste Woche als Dringlichkeit auf die Tagesordnung des Stadtrats zu setzen. Die geänderte Vorlage werde Montag den Fraktionen zugehen.

Frau **Wolff**, HAL-Fraktion, übergab vier schriftliche Anfragen an Frau Oberbürgermeisterin Häußler und bat um schriftliche Beantwortung (siehe Anlage).

Frau **Dr. Wünscher** fragte zur Nachfolgeregelung im neuen theater. Man habe im September den Beschluss gefasst, wie die Nachfolge zu regulieren sei. Es wurde gesagt, dass sofort ausgeschrieben werde. Jetzt habe man Mai, die Ausschreibung sei immer noch nicht erfolgt, sondern erst im Juni. Warum brauche eine Stadt wie Halle so viele Monate um eine Ausschreibung zu machen. Weiter fragte sie, warum eine Vorauswahl für die Nachfolge hausintern getroffen werden soll, von Regisseuren die im nt Gastinszenierungen machen. Die Antwort hätte sie gern schriftlich.

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** sagte eine schriftliche Antwort zu. Sie entgegnete, dass die Frage eigentlich woanders gestellt werden müsste.

Frau **Haupt**, PDS-Fraktion, fragte zum Stand des Antrags der PDS-Fraktion zur Klage gegen die Bundesregierung.

Herr **Borries**, FB-Leiter Recht, antwortete, dass er die Rechtslage überprüfe. Er habe zum einen Kontakt mit der Stadt Wittenberg aufgenommen. Die Stadt Wittenberg habe nicht geklagt.

Die Angelegenheit werde jetzt versucht mit dem Städte- und Gemeindebund Sachsen-Anhalt zu klären und man versuche eine einheitliche Meinung zu finden. Außerdem habe man das Problem, dass man erst einmal den Haushaltsbeschluss haben müsse, um nachzuweisen, dass die Stadt kein Geld mehr habe und auch auf nichts verzichtet habe, was ihr zustehe.

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** äußerte, dass hier das Problem sei, dass eine Stadt die klage, dass sie kein Geld mehr habe aber andererseits aus politischen Gründen auf Straßenausbeiträge verzichte.

zu 5 **Stand der Konsolidierungsmaßnahmen**

Protokoll:

Herr **Dr. Meerheim**, PDS-Fraktion, fragte zu Seite 7 des Berichtes zur Fusion von HWG und GWG, warum dies hier genannt werde, dies habe doch mit der Haushaltskonsolidierung des städtischen Haushalts nichts zu tun.

Herr **Mutter**, Konsolidierungsbeauftragter, antwortete, dass zuvor Ausfallrisiken dargestellt worden seien und diesen habe man Einsparoptionen mit verschiedenen Punkten gegenübergestellt. Diese Punkte habe der GB I eingebracht. Dies sei ein Aspekt um Entlastungswirkungen herbeizuführen.

Herr **Funke**, Beigeordneter für Zentralen Service, äußerte, dass man jede Möglichkeit in Betracht ziehen müsse. Man verspreche sich von einer Fusion auch, das unter dem Strich dabei etwas herauskomme. Dies könne man aber natürlich nicht beziffern.

Herr **Lehmann**, SPD-Fraktion, sagte, er sei dafür, diesen Passus ersatzlos zu streichen.

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** sprach sich dafür aus, dies in der Verwaltung noch einmal zu beraten.

Frau **Dr. Wünscher**, CDU-Fraktion, sagte, dass in dem Bericht wieder einmal auffällig sei, dass in dem Bereich Kultur, an den Stellen, wo Millionen eingespart werden sollen, man es wieder mit leeren Blättern zu tun habe. Die Beschlüsse, die man zwischenzeitlich gefasst habe, konterkarieren das, was hier auf diesen Blättern an wenigen Informationen stehe. Sie finde dies sehr unbefriedigend.

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** entgegnete, dass diese Behauptungen so nicht stimmen, man sei schon viel weiter, man habe dies nur noch nicht beschlossen, darum konnte es auch noch nicht in diesen Bericht eingehen. Man habe zwischenzeitlich das Bibliothekskonzept beschlossen, deshalb sei die Fortschreibung nicht da.

Frau **Dr. Wünscher** äußerte, dass man gestern im Finanzausschuss eine alte Vorlage beschließen sollte.

Herr **Funke**, Beigeordneter für Zentralen Service, sagte, dass man gestern den Wirtschaftplan vom nt 2003/2004 auf der Tagesordnung gehabt habe. Hier sei die Rede von 2,5% Tarifsteigerungen gewesen. Für die Folgejahre soll über Haustarife diese Steigerung abgefangen werden. Irritierend sei gewesen, das vom nt aus ein Blatt verteilt worden sei, in dem die Wirtschaftsfolgejahre alle mit einer 2,5%igen Steigerung versehen waren.

Frau **Dr. Wünscher** entgegnete, dass dies nicht irritierend sondern folgerichtig die Konsequenz aus dem Grundsatzbeschluss sei, den man im Stadtrat bestätigt habe.

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** sagte, dass dies nicht folgerichtig sei, Frau Richter hätte dies aus der Beratung so mitgenommen, sie hätte so ein Blatt nicht verteilen können.

Frau **Dr. Wünscher** betonte nochmals, das diese Zahlen so im Grundsatzbeschluss stehen würden und dieser sei im letzten Stadtrat verabschiedet worden.

Herr **Misch**, CDU-Fraktion, sagte, dass Herr Dr. Marquardt Vorsitzender des Theaterausschusses sei, er habe gestern mit am Tisch gesessen und kein Wort zu dieser Problematik geäußert.

Herr **Lehmann**, SPD-Fraktion, äußerte, dass das Einsparziel insgesamt unklar sei. Diese Unklarheit führt zu einer Verunsicherung und Verärgerung.

Frau **Dr. Wünscher** fragte, man habe einen Beschluss zu einer einheitlichen Vorverkaufskasse ab August gefasst und es sei klar, das dies nicht eintreten werde. Sie hätte gern gewusst, wie die Verantwortlichkeiten seien und wer die Konsequenzen zu tragen habe.

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** antwortete, dass es hier Abstimmungsschwierigkeiten gebe, es gebe keine Übereinstimmung darüber, mit wieviel Personal diese Vorverkaufskasse arbeiten könne. Die Verwaltung habe dies nochmal in der Beigeordnetenkonferenz besprochen und werde jetzt noch einmal mit einer Vorlage in den Stadtrat kommen.

Frau **Krischok**, PDS-Fraktion, fragte zur Zweitwohnsitzsteuer, diese habe man gestern im Finanzausschuss beschlossen. Dies finde sie hier im Bericht nicht wieder. Zweitens fragte sie zum Brandschutzbedarfsplan dieser sei hier auf 50% reduziert. Hierfür hätte sie gern eine Erklärung.

Herr **Mutter** antwortete, zur Zweitwohnsitzsteuer, dass man dies im nächsten Bericht finden werde. Zum Brandschutzbedarfsplan äußerte er, dass die Zielvorgaben vom GB III im Sinne einer konservativen Einschätzung heruntergesetzt wurden. Man werde aber im Sinne der Haushaltskonsolidierung an dem Ziel festhalten. Die ersten Zwischenergebnisse sind sehr widersprechend und im Ergebnis könne man mit mehr rechnen.

Herr **Bönisch**, CDU-Fraktion, fragte, er habe gestern im Radio gehört, dass die Stadt Leipzig ihren Beigeordneten Herrn Jung zum Olympiabeauftragten gemacht und ihn von seinen sonstigen Aufgaben entbunden habe, ob dies in Halle auch vorgesehen sei, und ob Herr Dr. Marquardt dies neben seinen Aufgaben als Beigeordneter noch machen könne.

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** antwortete, dass diese Frage gerade in der Verwaltung geklärt werde.

Frau **Wolff**, HAL-Fraktion, fragte zum Städtetag, wieso Dessau zwei Stimmberechtigte habe und Halle nur einen.

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** sagte eine Prüfung zu.

Die Vorsitzende des Hauptausschusses beendete die 39. öffentliche Sitzung des Hauptausschusses.

Ingrid Häußler
Oberbürgermeisterin
und Vorsitzende des Hauptausschusses

Kraft
Protokollführerin

Protokollantin: Schönherr